

**Leipzig.** Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Vormittags 11 Uhr Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 5 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Deutschland.

Es ist Thatsache — heißt es in einem Schreiben der Allgemeinen Zeitung aus Frankfurt a. M. —, daß französische Agenten Deutschland durchreifen, um sich zu erkundigen, wo noch Deutsche leben, die in der Arme des Kaisers gedient haben. Diese Erkundigungen haben zum Zweck, den Aufgefundenen sichtbare Zeichen von Anerkennung für ihre dem Kaiser geleisteten Dienste zutheil werden zu lassen, das heißt also für ihre dereinst gegen das eigene Vaterland geleisteten Dienste. Auch den französischen Gesandtschaften liegen Anmeldeungslisten für solche Personen auf, und die Anmeldungen haben, wie z. B. bei der hiesigen französischen Gesandtschaft, nicht auf sich warten lassen. Es dürfte wol an der Zeit sein, die Frage zu stellen, wie es komme, daß dies in deutschen Staaten ungehindert geschehen dürfe. Die Frage, wie es möglich sei, daß Deutsche es auch nur mit einem Minimum patriotischen Gefühls vereinigen können, sich anzumelden, mag unerörtert bleiben. In allen Ländern haben die Massen ihre unzurechnungsfähigen Individuen, mit welchen rechten zu wollen Ehre wäre. Allein wie kommt es, daß die Regierungen, die Wächter deutscher Ehre, es sich nicht höflichst verbitten, daß uns der Nachkömmling des Kaisers im Herzen des eigenen Vaterlandes in solcher Weise an die Zeiten unserer tiefsten Erniedrigung mahnen lasse? Der künftige Kaiser Frankreichs mag sich innerhalb der Grenzen dieses Staats bemühen, alle Erinnerungen des Kaiserreichs wach zu rufen; allein solche Bemühungen sich auch auf Deutschland erstrecken zu lassen, das ist doch eine allzu große Gefälligkeit auf deutscher Seite. Hat überhaupt die französische Regierung die deutschen Regierungen von den durch französische Gesandte und Agenten in Deutschland vorgenommenen Recherchen in amtliche Kenntniß gesetzt? Es soll dies nicht geschehen sein. Bei der neulichen Ausschreibung eines Preises auf eine physikalische Erfindung geschah es.

**Berlin, 15. April.** Die Zollvereinsconferenzen, sagt die National-Zeitung, werden den Vortheil bieten, daß sich die Entscheidung aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu lange hinziehen dürfte, und schon in einer der ersten Sitzungen entweder die Coalition zu einer Aenderung ihrer Politik oder zu einem Austritten genöthigt sein wird; natürlich vorausgesetzt, daß Preußen an dem aufgestellten Programm festhält und den Grundsatz der gleichzeitigen Verathung über die Reconstitution des Zollvereins und der deutsch-österreichischen Zollvereinigung nicht Boden gewinnen läßt. Es scheint nach den neuerdings eingehenden Nachrichten ziemlich sicher, daß man sich in Darmstadt über die Präjudicialfrage wegen der Theilnahme Oesterreichs an den Conferenzen geeinigt hat. Man will an Preußen die bestimmte Frage stellen, ob die Conferenz den Charakter einer „Zollvereinsconferenz“ im Sinne der Zollvereinsverträge, oder einer Verathung behufs Neubildung des Zollvereins trage. In dem erstern Falle sei die Theilnahme Hannovers und Oldenburgs nicht gerechtfertigt, in dem letztern Falle aber erscheine die Zulassung Oesterreichs gleichberechtigt mit der dieser beiden Staaten. Daß Hannover und Oldenburg ein größeres Recht, oder vielmehr ein vollständiges Recht auf Grund der bereits abgeschlossenen Verträge haben, wird von der Coalition ignoriert, obgleich gerade hierin der Hauptgrund liegt, auf welchen Preußen die Präjudicialfrage abzuweisen hat. Da sich aber die Vereinigung in Darmstadt über diese hinaus nicht erstrecken soll, so muß die Coalition auseinander fallen.

— Den Antrag aus Austritt aus der Berliner Zollconferenz, falls Preußen einen österreichischen Bevollmächtigten mit Stimmrecht nicht zulassen wollte, soll bei der neulichen Versammlung in Darmstadt der frühere Reichsminister Fürst Wittgenstein gestellt haben, der jetzt bekanntlich für Nassau Ministerpräsident ist. So berichtet die Neue Preussische Zeitung, die zugleich in Betreff der Mittheilung der National-Zeitung, der zufolge von dem preussischen Gesandten in Wien, Grafen Arnim, die Meldung in Berlin eingegangen sein soll, daß man binnen kurzem dort der Ankunft einer Vertrauensperson des österreichischen Cabinets entgegensehen dürfe, um über die schwebenden Fragen und namentlich auch über die zur Zeit in den Vordergrund gedrängte handelspolitische Frage möglichst eine Einigung herbeizuführen, versichert, daß man in Berlin in unterrichteten Kreisen nichts von einer solchen Vertrauensperson des österreichischen Cabinets wisse.

— Aus Bromberg vom 14. April berichtet man der National-Zeitung: In der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertage ereignete sich eine halbe Meile von unserer Stadt ein grauenvoller Vorfall. Der ehemalige Seifenfabrikant Julius Tittel aus Bromberg, einige 30 Jahre alt, wurde, als er von einem Besuche bei seiner Braut, der Tochter eines Chausseeeinnehmers, zwischen 12 und 1 Uhr nach Bromberg zurückkehrte, auf dem Territorium des Gutsbesizers Schulz zu Myslencinek von Hunden zerrissen. Früh am Morgen fanden Fuhrleute die gräßlich zerstückelte Leiche unweit

der Chaussee auf dem gepflügten Acker liegen. Das Fleisch vom rechten Oberarm war abgerissen, in der rechten Brust befanden sich tiefe Wunden.

In einem bromberger Artikel der Neuen Preussischen Zeitung heißt es noch über diesen Vorfall: Offenbar ist der Verunglückte erst nach heftiger Gegenwehr gestorben, denn in seiner Nähe fand man einen ganz zerschlagenen Stock, und die Spuren des Kampfes ziehen sich auf der Chaussee eine Strecke entlang und gehen dann von derselben ab bis auf einen frischgepflügten Acker, auf welchem auch die Leiche aufgefunden wurde. Ob Menschen die Hunde gehetzt oder etwa Theil an der Tödtung des Genannten genommen haben, läßt sich nicht ermitteln; zu bemerken ist jedoch, daß die Uhr, 1 1/2 Thlr. Geld und eine 4 Thlr. werthe Kette, die der Gestorbene bei sich hatte, bei der Leiche nicht vorgefunden sind.

— Der bisherige Redacteur der Neuen Ober-Zeitung, Hr. Lemme, ist von der Redaction zurückgetreten.

— Aus Würzburg vom 9. April berichtet der Nürnberger Correspondent: Gestern Abend wurden von Polizeidienern zwei Unteroffiziere des 9. Regiments verhaftet, welche die Andächtigen an dem nächst dem Dome befindlichen Delberge verspotteten und verhöhnten. Als dieselben nach der Hauptwache escortirt wurden, kam es zwischen den herbeigeeilten Militärpersonen und den Polizeidienern zu einem Handgemenge, wo blanke Säbel zur Befreiung der Arrestirten in Anwendung kamen. Durch das Einschreiten eines Militärpiquets wurde der Tumult unterdrückt.

— Gelegentlich der Uebergabe der Gefion und des Barbarossa an die preussische Marine fand eine Demonstration statt, von den Jungfrauen aus dem oldenburger Hafen Drake ausgegangen, die im Sommer 1849 dem Admiral Bromme eine von ihnen für die Dampffregatte Barbarossa angefertigte deutsche Kriegsflagge überreicht hatten, und die jetzt (am 7. April) ein Schreiben an den Admiral gerichtet haben, in dem sie diesen Vorgang zurückrufen und zu dessen Schlusse sie sagen: „Wir bitten daher, Herr Admiral, Sie wollen die Ihnen von uns übergebene Flagge dahin schütten, daß sie nicht anders als von dem Mast eines Kriegsschiffes des gesammten deutschen Vaterlandes wehe, und sollte — was Gott verhüte! — auch das nicht mehr angehen, so bitten wir, daß Sie die Flagge aufbewahren als ein trauriges Andenken vergangener Herrlichkeit, bis dahin (!), daß die Sage von dem alten Barbarossa erfüllt werde.“ Obgleich diese letzte Aufforderung nun freilich in das Gebiet des Ueberschwänglichen übergeht, so schien uns doch dieser Zug aus der traurigen Geschichte der letzten Tage der deutschen Flotte bemerkenswerth.

• **Wien, 14. April.** Die Neue Preussische Zeitung theilt die Depesche mit, welche, wie bekannt, der interimistisch mit den Geschäften des Auswärtigen betraute Unterstaatssecretär Fehr. v. Werner am Tage nach dem Hinscheiden des Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg an sämtliche österreichische Gesandtschaften über die künftige Richtung der Politik des kaiserlichen Cabinets gerichtet hat. Es wird in derselben ausgesprochen, daß der Fürst nicht eine eigene Politik befolgte, vielmehr nur die des Kaisers zur Ausführung brachte. Die Depesche lautet:

«W. — Die bedauerenswerthe Kunde von dem tödtlichen Hintritte des Hrn. Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg (welcher gestern Abend 6 Uhr an einem Schlagflusse erfolgte), ist ohne Zweifel vor Eingang gegenwärtigen Schreibens an W. — gelangt. Was der Monarch, was der Staat an diesem wahrhaft ausgezeichneten Minister verlieren, wird die Geschichte in ihren unparteiischen Aufzeichnungen reichlich bemerken; was er seinen Untergebenen war, ist in unserm Aller Herzen für immer eingeschrieben. Se. Maj. der Kaiser haben geruht, mir mittels Handbills vom gestrigen Tage die einstweilige Führung des auswärtigen Departements bis zur Ernennung eines neuen Ministers zu übertragen. W. — wollen demnach bis auf Weiteres Ihre gesammte Correspondenz an mich richten. Es ist übrigens unnöthig, daß ich hinzufüge, daß dieser beklagenswerthe Todesfall in den Grundsätzen der äußern Politik Oesterreichs keine Veränderung hervorbringen wird. So klar und persönlich ausgeprägt auch der Verstand, so ausgezeichnet auch die Willenskraft unsers verewigten Chefs gewesen, so geschah die Anwendung dieser seiner hohen Eigenschaften auf dieses Geschäft doch immer nur in gewissenhafter Befolgung der allerhöchsten Dets eingeholten Befehle und in dem überzeugtesten Einklange mit der Willensmeinung unsers allernächsten Monarchen. Letztere bleibt unverändert; und der Leitstern der Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten ist sonach fortan wie bisher derselbe. Empfangen W. u. (G.) Der Unterstaatssecretär J. Fehr. v. Werner.

## Italien.

\* **Florenz, 8. April.** Wir befinden uns hier seit längerer Zeit in einer Ministerkrise, die endlich, der Natur der Sache nach, mit der Auflösung des bestehenden Ministeriums enden muß. Der größere Theil der Minister nämlich hält dafür, daß man weit genug zurückgegangen, und daß es an der Zeit sei, an ein Herauskommen aus dem leidigen Provisorium und an die Inlebenberufung zeitgemäßer Institutionen zu denken. Freilich ist